

---

Freie Demokraten im Hessischen Landtag

## **ZUKUNFT DER ADAM OPEL AG**

23.02.2017

---

- **Opel-Verkauf ist Alarmsignal: Anfang vom Ende des Industriestandorts?**
- **Landregierung muss Verbotsdiskussionen für Autofahrer endlich stoppen**
- **Klimaschutzplan muss beerdigt werden – Gefahr für tausende Arbeitsplätze**

Im Zusammenhang mit der heutigen Debatte über die Zukunft der Adam Opel AG und die geplante Übernahme durch die französische PSA-Gruppe erklärte Florian RENTSCH, Vorsitzender der FDP-Fraktion im Hessischen Landtag: „Opel ist mit über 15.000 Beschäftigten eines der größten Industrieunternehmen in Hessen und wichtigster Baustein unserer Automobilindustrie. Wir sehen mit Sorge auf die weitere Entwicklung des Unternehmens. Es ist völlig klar: Dass sich GM von Opel trennt, ist ein Alarmsignal für den Automobilstandort Hessen. Für uns stellt sich nun die Frage, ob dies der Anfang vom Ende der Industrie in Hessen ist, denn auch andere Branchen leiden. Opel braucht keine Polittouristen, die mit besorgtem Blick vor den Werkstoren stehen. Opel braucht gute Standortbedingungen, damit das Unternehmen eine Zukunft haben kann.“

Rentsch weiter:

„Die Landesregierung muss alles unterlassen, was dem Industrie- und Automobilstandort Hessen schadet. Die Debatte um Fahrverbote in Innenstädten, die Umweltministerin Hinz aller vier Wochen los tritt, ist für das Investitionsklima genauso schädlich, wie die Zustimmung der Landesregierung zum Verbot von Verbrennungsmotoren. Das alles schwächt die Automobilwirtschaft in Hessen.

Es ist doch kein Zufall, dass nach einer aktuellen Studie der IHK Frankfurt die hessische Industrie deutlich an Wettbewerbsfähigkeit verloren hat. Mit dem Klimaschutzplan will die Regierung von Volker Bouffier den Industriestandort Hessen noch zusätzlich belasten. Das gefährdet Arbeitsplätze und vernichtet Wachstumschancen. Deshalb muss dieser

wirtschaftsfeindliche Plan beerdigt werden.

Innovationen lassen sich nicht durch Verbote und Quoten erzwingen, sondern müssen sich am Markt im Wettbewerb durchsetzen. Kunden werden Elektrofahrzeuge kaufen, wenn sie besser sind und nur dann wird dieses Geschäftsmodell auch tragfähig werden. Mit ökologischer Planwirtschaft und Subventionen werden wir dagegen zehntausende Arbeitsplätze in der Schlüsselindustrie Automobilbau verlieren. Das Chaos bei der Energiewende lässt grüßen.“

„Eine akute Bedrohung für die hessische Automobilwirtschaft geht auch von den ab 2020 geltenden CO2-Vorgaben der EU für Neuwagen aus. Es ist ein offenes Geheimnis, dass GM angesichts der drohenden Strafzahlungen die Reißleine gezogen hat. Mit völlig überzogenen Umweltauflagen werden der Automobilindustrie immer neue Hindernisse in den Weg gelegt und ich fürchte, dass die Unternehmen, die im internationalen Wettbewerb besonders unter Druck stehen, dadurch zu Fall kommen werden. Deshalb brauchen wir dringend eine Initiative der Landesregierung für den Industriestandort Hessen, damit Opel und alle anderen Unternehmen der Automobilwirtschaft eine Zukunft haben werden“, so Rentsch.

---

Kontakt:

Pressestelle der Freien Demokraten im Hessischen Landtag

Schlossplatz 1-3 | 65183 Wiesbaden

Telefon: 0611 350-566 | E-Mail: [presse-fdp@ltg.hessen.de](mailto:presse-fdp@ltg.hessen.de)